

# ENTWICKLUNGSPOLITISCHE EINSTELLUNGEN IM KONTEXT DES KRIEGES GEGEN DIE UKRAINE

## Zentrale Ergebnisse

- Im Oktober 2022 bewerteten rund zwei Drittel der Bevölkerung Deutschlands die wirtschaftlichen Aussichten negativ. Eine negative Bewertung der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage hängt auch mit negativeren Einstellungen gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit zusammen.
- Die Nahrungsmittel- und Energiesicherheit steht seit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine vermehrt im Fokus nationaler und internationaler Politik. Maßnahmen zur Verbesserung der Nahrungsmittel- und Energiesicherheit in Ländern des globalen Südens finden in der deutschen Bevölkerung Zustimmung. Allerdings werden entsprechende Maßnahmen, die direkt der deutschen Bevölkerung zugutekommen, stärker befürwortet.
- Die Zustimmung zu den Maßnahmen unterscheidet sich je nach politischer Orientierung. Besonders hoch sind die Unterschiede bei Menschen, die die allgemeine wirtschaftliche Lage negativ bewerten.

Im Februar 2022 begann Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In der Folge sind die Weltmarktpreise für Energie und Lebensmittel teils drastisch gestiegen. Die hieraus resultierenden Konsequenzen sind für viele ärmere Länder, in denen die Nahrungsmittelversorgung bereits zuvor kritisch war, gravierend. Aber auch Deutschland ist betroffen. Um die Folgen des Krieges für die Bevölkerung abzumildern, hat die Bundesregierung Gegenmaßnahmen ergriffen, beispielsweise die Deckelung von Energiepreisen. Hinzu kommen finanzielle Anstrengungen zur

Unterstützung der Ukraine. Der Wiederaufbau des Landes wird in den nächsten Jahren eine erhebliche finanzielle und politische Herausforderung darstellen (Grävingsholt et al., 2023).

Gerade die großen finanziellen Herausforderungen könnten in der Bevölkerung zu Abwägungen führen, für welche nationalen und internationalen Maßnahmen staatliche Mittel (bevorzugt) ausgegeben werden sollten. Dies könnte sich auch auf den Grad der Zustimmung für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auswirken. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass ökonomische Krisen, wenn sie für die eigene wirtschaftliche Situation relevant sind, die Zustimmung der Bevölkerung zur EZ negativ beeinflussen können (Heinrich et al., 2016) – auch wenn die Einstellung der Bevölkerung Deutschlands gegenüber der Entwicklungspolitik im Zeitverlauf sehr stabil ist (z. B. Schneider et al., 2022).

Vor diesem Hintergrund hat das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) auf der Basis einer repräsentativen Umfrage des Development Engagement Labs (DEL) aus dem Oktober 2022 drei Fragen untersucht:

1. Wie hängen die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und die Zustimmung zur EZ zusammen?
2. Welche Einstellungen hat die Bevölkerung zu verschiedenen entwicklungspolitischen Maßnahmen in Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine?
3. Wie unterscheidet sich die Zustimmung zu den Maßnahmen in Abhängigkeit von politischer Orientierung, Einschätzung der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage und Einkommen?

## Bevölkerung blickt pessimistisch in die Zukunft

Im Oktober 2022 schätzte ein Großteil der Bevölkerung sowohl die allgemeine als auch die persönliche wirtschaftliche Lage negativ ein. 66 Prozent der Bevölkerung gaben an, dass sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands in den kommenden zwölf Monaten (erheblich) verschlechtern wird. Mit Blick auf die finanzielle Situation im eigenen Haushalt rechneten 57 Prozent mit einer Verschlechterung. Eine Korrelationsanalyse zeigt, dass die generelle Zustimmung zur EZ mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt: Je negativer der wirtschaftliche Ausblick ist, desto geringer ist auch die Zustimmung zur EZ. Dies trifft sowohl für die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ( $\beta = -0,23$ ,  $p < 0,01$ ) als auch für die persönliche Situation ( $\beta = -0,19$ ,  $p < 0,01$ ) zu.<sup>1</sup>

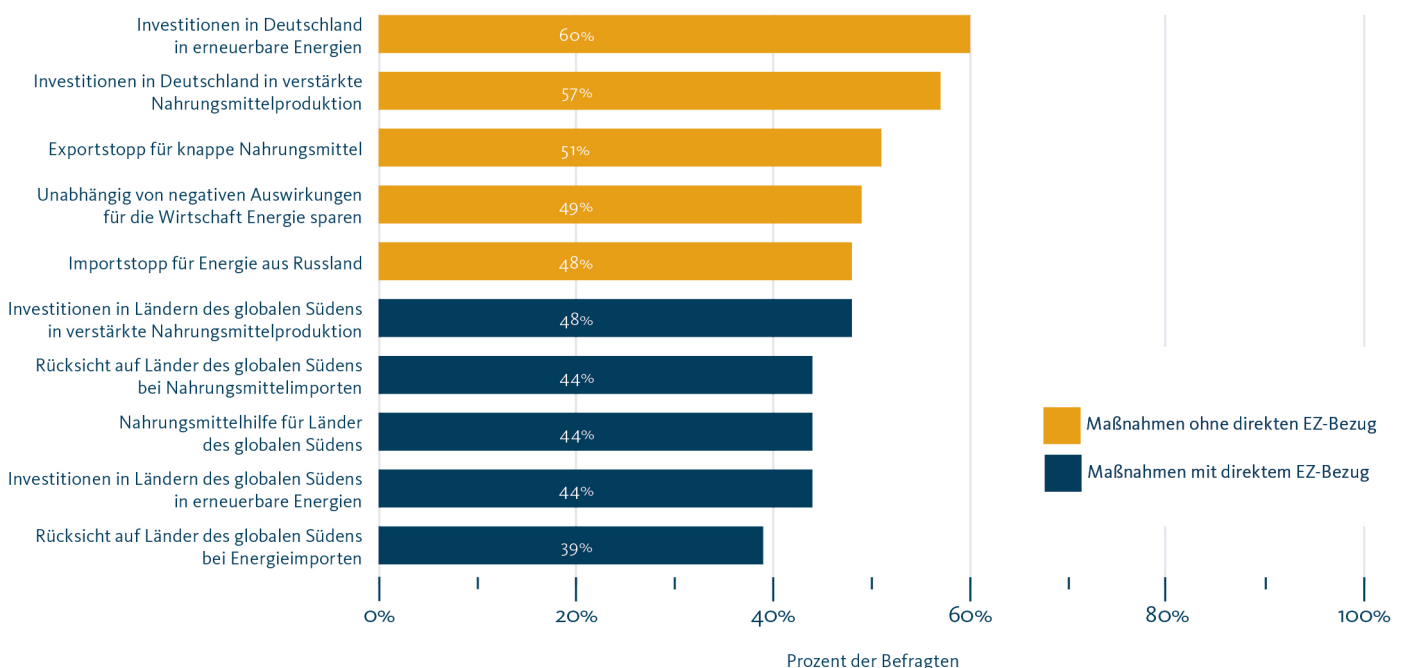
## Deutsche Nahrungsmittel- und Energiesicherheit wird gegenüber EZ-Maßnahmen priorisiert

In einer zweiten Frage wurde die Zustimmung der Bevölkerung zu verschiedenen Maßnahmen der nationalen Nahrungsmittel- und Energiepolitik ermittelt (siehe Abbildung 1).

Dabei erhielt die Forderung, Investitionen in Deutschland zu erhöhen, um erneuerbare Energien auszubauen, mit 60 Prozent die höchste Zustimmung, gefolgt von der Forderung, mehr Nahrungsmittel zu produzieren (57 %). Vergleichbare EZ-Maßnahmen zu Investitionen in Ländern des globalen Südens erhielten jeweils weniger Zustimmung (erneuerbare Energien: 44 %; Produktion von Nahrungsmitteln: 48 %). Entwicklungspolitische Maßnahmen zur Nahrungsmittel- und Energiesicherheit finden in der Bevölkerung also Zustimmung, allerdings wird die eigene Nahrungsmittel- und Energiesicherheit insgesamt priorisiert.

Aufgeschlüsselt nach Einkommensgruppen, ergibt sich ein differenziertes Bild. So zeigen Menschen mit niedrigerem Einkommen weniger Zustimmung für Maßnahmen, die die Nahrungsmittelsicherheit in Ländern des globalen Südens betreffen; für Maßnahmen, die die Nahrungsmittelsicherheit in Deutschland betreffen, gilt dies nicht. Bei Maßnahmen zur Energieversorgung in Deutschland ist ein niedrigeres Einkommen mit einer geringeren Zustimmung verbunden, während für energiepolitische Maßnahmen in Ländern des globalen Südens keine Einstellungsunterschiede zwischen den Einkommensgruppen bestehen.

**Abbildung 1** Zustimmung zu Maßnahmen der Nahrungsmittel- und Energiepolitik



Quelle: DEval, eigene Darstellung auf Basis des DEL-Panel Welle 4 (Oktober 2022),  $N \approx 6.000$ . Die Aussagen wurden anhand einer fünfstufigen Antwortskala von 1 = „Stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „Stimme voll und ganz zu“ erhoben. Die Balken geben den Anteil der Befragten an, die „Stimme zu“ oder „Stimme voll und ganz zu“ geantwortet haben.

<sup>1</sup> Bei  $\beta$  handelt sich um standardisierte Regressionskoeffizienten (sogenannte Beta-Koeffizienten). Positive Werte weisen einen positiven Zusammenhang aus, negative Werte einen negativen Zusammenhang. Beta-Koeffizienten erlauben es, die Stärke des Zusammenhangs zwischen verschiedenen unabhängigen Variablen und der abhängigen Variablen zu vergleichen.

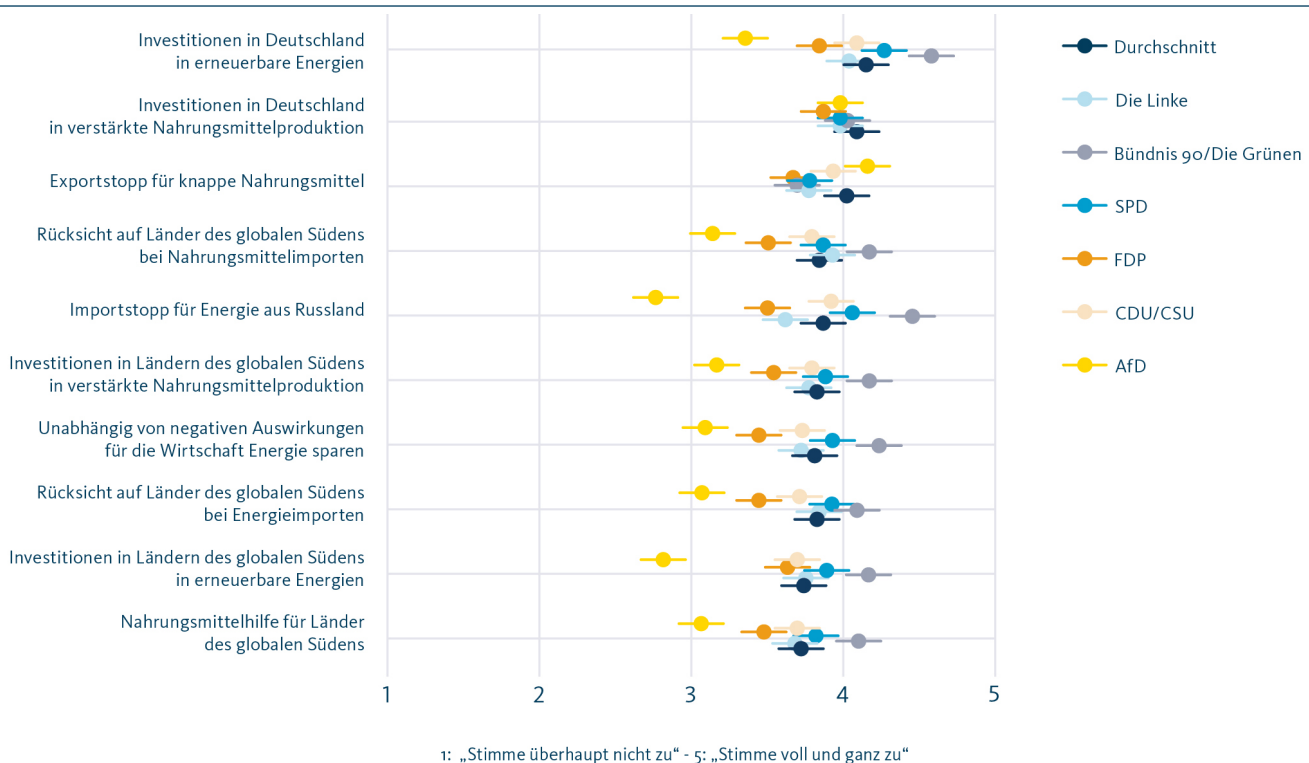
## Parteipolitische Unterschiede werden deutlich

Auch parteipolitische Unterschiede wurden in der Untersuchung sichtbar. So zeigen Bürger\*innen, die in der jüngeren Vergangenheit Bündnis 90/Die Grünen gewählt haben, bei fast allen Maßnahmen die höchste Zustimmung. Anhänger\*innen der AfD hingegen unterstützen nahezu alle Maßnahmen deutlich weniger als Sympathisant\*innen der anderen Parteien (mit Ausnahme einer verstärkten Nahrungsmittelproduktion in Deutschland und eines Exportstopps für knappe Nahrungsmittel). Besonders stark zeigt sich dies beim Verzicht auf den Import fossiler Energieträger aus Russland. AfD-Anhänger\*innen liegen hier deutlich unter dem Skalenmittelwert (52 % stimmen der Maßnahme nicht oder überhaupt nicht zu) und sprechen sich daher eher dafür aus, weiterhin fossile Energieträger aus Russland zu importieren. Insgesamt entspricht das vorliegende Muster in etwa der zu beobachtenden Ausrichtung der Parteien in der politischen Debatte. Dies gilt auch für die Beobachtung, dass Anhänger\*innen der FDP bei allen abgefragten Aussagen in ihrer Zustimmung deutlich unter

dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegen und sich somit skeptischer gegenüber aktiven staatlichen Maßnahmen zeigen.

Darüber hinaus wurden Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Erwartungen und politischer Orientierung deutlich. So zeigen die Ergebnisse einer Korrelationsanalyse, dass die Zustimmung von Personen, die sich politisch deutlich rechts der Mitte einordnen, zu den meisten nahrungs- und energiepolitischen Maßnahmen geringer ausfällt, wenn sie gleichzeitig den allgemeinen wirtschaftlichen Ausblick als schlecht bewerten; die niedrigere Zustimmung dieser Gruppe zur Unterstützung von Entwicklungszusammenarbeit oder erneuerbaren Energien fällt also im Angesicht eines schwachen wirtschaftlichen Ausblicks nochmals geringer aus. Für diejenigen, die sich politisch links der Mitte einordnen, lässt sich ein gegenteiliges Muster beobachten: Wird die künftige allgemeine wirtschaftliche Lage negativ eingeschätzt, ist die Zustimmung zu nahrungs- und energiepolitischen Maßnahmen sowie zur EZ im Allgemeinen noch höher. Mit Blick auf eine entsprechende Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage zeigt sich dieses Muster allerdings nicht.

Abbildung 2 Zustimmung nach Parteipräferenz



Quelle: DEval, eigene Darstellung auf Basis des DEL-Panel Welle 4 (Oktober 2022), N = 6.000. Die Aussagen wurden anhand einer fünfstufigen Antwortskala von 1 = „Stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „Stimme voll und ganz zu“ erhoben. Die Ergebnisse sind nach der Partei aufgeschlüsselt, die von den Befragten bei der letzten Bundestagswahl gewählt wurde.

## Wirtschaftliche Krise könnte Konfliktlinien verschärfen

Die Ergebnisse zeigen, dass nationale Maßnahmen zur Nahrungsmittel- und Energiesicherheit in der deutschen Bevölkerung hohe Unterstützung erfahren – auch solche, die zumindest kurzfristig zu Mehrkosten führen können, wie der Ausbau erneuerbarer Energien oder ein Importstopp für Energie aus Russland. Dies gilt auch für Maßnahmen, die den globalen Süden betreffen, wenngleich diese weniger Zustimmung finden als auf Deutschland ausgerichtete Maßnahmen. Gleichzeitig besteht auf individueller Ebene ein Zusammenhang zwischen einer als schlechter werdend wahrgenommenen allgemeinen Wirtschaftslage und sinkender Zustimmung für EZ. Auch ein niedrigeres Einkommen hängt mit geringerer Zustimmung für Maßnahmen zusammen, die die Nahrungsmittelsicherheit in Ländern des globalen Südens zum Ziel haben. Zwar wirkt sich dies auf aggregierter Ebene bislang nur geringfügig aus (1,3 Prozentpunkte weniger Zustimmung für die EZ im Vergleich zum Zeitraum vor Beginn des Krieges); der Befund sollte dennoch nicht unterschätzt werden.

Der Krieg gegen die Ukraine dürfte die deutsche Wirtschaft noch über einen längeren Zeitraum hinweg beeinflussen. Auch andere globale Krisen wie die geopolitischen Spannungen mit China oder die Folgen des Klimawandels stellen für die Wirtschaft große Herausforderungen dar. Es ist nicht auszuschließen, dass die Zustimmung zur EZ hierdurch dauerhaft beeinträchtigt wird.

Parteilpolitische Unterschiede in der Zustimmung zur EZ konnten in der Vergangenheit bereits aufgezeigt werden (Schneider et al., 2022) und werden in der öffentlichen Debatte auch in anderen Politikfeldern sichtbar, beispielsweise mit Blick auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Die hier vorgelegten Ergebnisse zeigen: Personen, die sich politisch deutlich rechts der Mitte verorten, lehnen EZ-Maßnahmen noch stärker ab, wenn sie die wirtschaftliche Lage als sich verschlechternd wahrnehmen, während Personen, die sich politisch links der Mitte einordnen, diesen Maßnahmen noch stärker zustimmen. Es besteht also die Gefahr, dass sich im Kontext wirtschaftlicher Krisen bereits bestehende politische Konfliktlinien mit Blick auf Entwicklungspolitik weiter vertiefen.

## Literaturhinweise

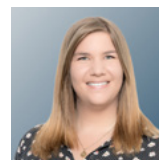
**Grävingsholt, J. et al. (2023)**, *Wiederaufbau in der Ukraine: Was die internationale Gemeinschaft jetzt beachten muss*. IDOS Policy Brief 2/2023. IDOS, Bonn.

**Heinrich, T. et al. (2016)**, „Public opinion and foreign aid cuts in economic crises“, *World Development*, Vol. 77, 66–79.

**Schneider, S. H. et al. (2022)**, *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2022. Entwicklungspolitisches Engagement in Zeiten globaler Krisen und Herausforderungen*. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.



**Dr. Helge Zille**  
Evaluator



**Dr. Alexandra Gödderz**  
Evaluatorin



**Dr. Sebastian H. Schneider**  
Teamleiter



**Dr. Martin Bruder**  
Abteilungsleiter

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten. Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit transparenter zu machen.